



Doris von Sayn-Wittgenstein

Abgeordnete im schleswig-holsteinischen Landtag
Landeshaus - Düsternbrooker Weg 70 - 24105 Kiel
E-Post: sayn@wittgenstein.ltsh.de

P R E S S E M I T T E I L U N G 4/2021

Kiel, den 15.1.2020

Nord Stream 2: Störmanöver der transatlantischen Lobby

Kritik an Landesstiftung „Klima- und Umweltschutz MV“ gefährdet Versorgungssicherheit

Die „Stiftung Klima- und Umweltschutz MV“ wird vom Land Mecklenburg-Vorpommern mit einem Kapital von 200.000 Euro ausgestattet. Der Betreiber der Pipeline mit Sitz in der Schweiz, die Nord Stream AG, hat nach Angaben der Landesregierung 20 Millionen Euro für die Arbeit der Stiftung bereitgestellt. Langfristig sollen rund 60 Millionen Euro investiert werden. Auslöser für die Gründung der Stiftung durch die Landesregierung unter Manuela Schwesig ist die Sorge um landeseigene Unternehmen und Firmen, die am Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 beteiligt waren und seit geraumer Zeit von der US-Regierung mit Sanktionen belegt worden sind.

Der Proteststurm transatlantischer Netzwerke ließ deswegen auch nicht lange auf sich warten, aber auch die Grünen, Fridays for Future und die Deutsche Umwelthilfe rüsteten verbal massiv gegen Schwesigs Landesstiftung auf. Die Umwelthilfe maß sich sogar an, Mecklenburg-Vorpommern und die EU-Kommission aufzufordern, die Stiftung zu verhindern! Eine Forderung, der sich inzwischen auch Grünen-Chefin Annalena „Kobold“-Baerbock anschloß. Gegenüber der F.A.Z. erklärte sie: „Daß mit russischen Geldern eine Stiftung unter dem Deckmantel des Klimaschutzes finanziert wird, die einzig und allein zur Fertigstellung der Pipeline dient, ist einfach ungeheuerlich. Nicht nur klimapolitisch, sondern vor allem geostrategisch.“

Dazu erklärt die schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Doris v. Sayn-Wittgenstein: „Geostrategisch ungeheuerlich ist einzig der seit Jahren betriebene Versuch der US-Regierung und ihrer Marionetten, den Bau von Nord Stream 2 mit teils erpresserischen Methoden und Sanktionen zu sabotieren. Die Etablierung einer Stiftung, die die eigenen Firmen schützt und das für Deutschland geopolitisch und aus Gründen der Versorgungssicherheit eminent wichtige Bauprojekt gewährleistet, ist auch ein wichtiger Schritt zur Unabhängigkeit bei der

Energieversorgung von anderen Anbietern. Die Kritik an der Landesstiftung ist ein durchsichtiges Manöver der transatlantischen Lobby. Deutsche Interessen werden hierbei jedenfalls nicht verfolgt. Man muß sich die Akteure merken, denn bald sind Bundestagswahlen!“